



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

P/X/192 - 22.8.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

Weiterungen der Genfer Atomkonferenz	S. 1
Frankreichs Krise in Nordafrika	S. 3
Um die Verbesserung der westdeutschen Agrarstruktur	S. 5

Das Atom als Friedenskraft

L. Walter Lippman hat soeben daran erinnert, es habe einmal eine Zeit gegeben, da amerikanische Atomwissenschaftler nach Moskau eingeladen wurden, ohne dort auch nur einen einzigen russischen Kollegen zu Gesicht zubeikommen. Auf der Genfer Konferenz, die am Sonnabend zu Ende ging, haben die russischen Delegierten von Anfang an so offen über die bisherigen Ergebnisse der Atomforschung in der Sowjetunion und über deren Verwendung für friedliche Zwecke gesprochen, dass dann auch die westlichen Nationen weit mehr sagten, als es die rigorosen Geheimhaltungsvorschriften bisher erlaubt hatten. Alle Beteiligten stimmen darin, dass man weiter gekommen sei, als erwartet wurde, überein. Vor allem wird der Zukunftswert der in Genf so reichlich zustande gekommenen persönlichen Kontakte zwischen den führenden Atomwissenschaftlern beider Lager hervorgehoben.

Man mag einwenden, das alles sei sehr schön, jedoch kaum von irgendwelcher politischer Bedeutung. Gut - man hat in Genf sehr klar unterschieden zwischen der Verwendung der Atomenergie für friedliche und für kriegerische Zwecke. Aber diese Scheidung ist doch nur theoretisch durchführbar, denn ein Fortschritt auf der einen Seite bedingt automatisch auch einen Fortschritt auf der anderen Seite. Wenn die Russen so offen über ihre Forschungsergebnisse Auskunft erteilen, so ist das zweifellos auch von einer gewissen militärpolitischen Bedeutung. Weiter hat Walter Lippmann, um ihn noch einmal zu zitieren, als die eigentliche Probe für die Echtheit der russischen Wandlung die Frage bezeichnet, ob die Sowjetunion beginnen werde, den Schleier

des Geheimnisses, hinter dem sie bisher gelebt hatte, zu lüften. Wenn dies geschehe, so würde es Moskau in Zukunft nicht möglich sein, grosse unangenehme Überraschungen wie z.B. eine Mobilmachung vorzubereiten, ohne dass man im Westen davon Kenntnis erhalten würde. Lippmann kommt dann aufgrund der Entwicklung seit diesem Frühjahr zu dem Schluss, man könne einen echten Fortschritt verzeichnen. Der Verlauf der Genfer Atomkonferenz bestätigt diese Annahme.

Selbstverständlich haben weder Ost noch West in Genf alle ihre nuklearen Karten aufgedeckt. Der Westen hielt aus Gründen der wirtschaftlichen Konkurrenz teilweise mit Angaben über die rein technische Seite der Verwertung der Atomenergie zurück, und die Russen waren nicht dazu zu bewegen, Angaben über ihre Vorräte an Uran und Thorium zu machen. Nun war allerdings auch nicht zu erwarten, dass man schon auf dieser ersten Konferenz seine Geheimnisse gleich sackweise auf den Konferenztisch schütten würde. Aber es ist dieser Genfer Atomkonferenz hervorragend gelungen, nicht in politische Gewässer zu geraten. Dass der Osten sich jeder politischen oder propagandistischen Auswertung dieser Konferenz enthielt, ist keineswegs selbstverständlich, vielmehr etwas durchaus Neues und spricht für den Willen zu echter Zusammenarbeit.

Es ist hier nicht der Ort, zu dem wissenschaftlichen Ergebnis der Konferenz Stellung zu nehmen, doch muss ein Wort zur Frage der Sozialpolitik gesagt sein. Es ist erfreulich, dass die Konferenz dem Problem, welche Auswirkungen die atomindustrielle Revolution auf die Sozialpolitik haben werde, nicht auswich. Der Konferenzpräsident, Dr. Bhabha, wies im Gegenteil schon in seiner Eröffnungsansprache darauf hin, dass diese neue industrielle Revolution eine neue Gesellschaftsordnung unerlässlich mache. Weiter ist viel über den Schutz der Wissenschaftler und Arbeiter vor den Gefahren der Atomstrahlung diskutiert worden, und die Internationale Arbeitsorganisation hat eine sehr lesenswerte Broschüre veröffentlicht über das Thema "Die Atomenergie und die Sozialpolitik", in der u.a. das Problem erörtert wird, welche sozialpolitischen Auswirkungen der Aufbau grosser Atomwerke in bisher unbewohnten, weit von der Zivilisation entfernten Gebieten haben werde.

Als Letztes ist schliesslich zu erwähnen, dass sich für die Bundesrepublik zum ersten Male die Gelegenheit ergab, in die - 3 -

internationale Atomdiskussion einzutreten. Die deutschen Delegierten konnten dabei feststellen, wie weit man in Atomfragen in der Bundesrepublik noch zurück ist und welche Anstrengungen unternommen werden müssen, um den Anschluss an die übrigen Staaten herzustellen. Andererseits sind die deutschen Wissenschaftler aus ihrer bisherigen Isolierung befreit worden, denn nicht nur mit westlichen, sondern auch mit sowjetrussischen Kollegen konnte ein sehr guter Kontakt hergestellt und eine künftige Zusammenarbeit vorbereitet werden. Auf der ganzen Linie war die Konferenz ohne Zweifel ein grosser, ermutigender Erfolg. Dies umsomehr, als von den wichtigsten politischen Stellen den beiden grossen Lagern glaubhaft versichert wurde, man wolle auf diesem Wege des freimütigen Meinungsaustausches in Fragen der friedlichen Atomkraft fortfahren und jetzt schon die nächste Konferenz dieser Art ins Auge fassen.

+ + +
Fanal Marokko

von einem Mitarbeiter in Paris

Paris, 22. August

Viel schlimmer als befürchtet, hat der 20. August die ihm innewohnende Explosivkraft bestätigt. Nach den bisherigen Berichten hat es weit über 1000 Tote gegeben, der grössere Teil ist dabei freilich in Algerien ums Leben gekommen, der geringere in Marokko. Das beweist aber nur, dass es gar nicht mehr so sehr um den einen oder anderen Teil des dreigliederten Französischen Nord-Afrika geht, als darum, "die Franzosen aus ganz Nordafrika zu verjagen," wie hier am Montag die Zeitung L'Aurore schrieb.

Das ist der entscheidende Punkt, über den man sich auch bei den Verhandlungen in klaren sein wird, die heute in Aix les Bains beginnen, auch wenn die offizielle Tagesordnung auf den marokkanischen Aufstand beschränkt ist. Die französische Politik, genauer gesagt, der Generalresident Grandval, hat sich den 12. September als Termin für die Beendigung dieser Krise gesetzt. Das war vor dem letzten schreckerfüllten Wochenende. Heute erscheint es so gut wie aussichtslos, dass sich bis dahin die Grundlage für eine dauernde Beruhigung schaffen lassen wird - zu sehr sind die Leidenschaften durch die letzten Ereignisse aufgewühlt worden.

Besorgte Amerikaner

Die internationalen Aspekte dieses Aufstandes deuteten am Montag amerikanische Zeitungen an. Die "New York Times" schrieb: "Da die USA in Marokko lebenswichtige Stützpunkte haben, in denen Tausende von amerikanischen Soldaten stationiert sind, können wir nur hoffen, dass die Schutzmassnahmen einen ebenso grossen Erfolg haben werden, wie die konstruktiven Massnahmen." In vorsichtiger Form, wohl um den

Eindruck einer Eirmischung zu vermeiden, empfiehlt das Blatt eine Lösung im Rahmen eines französischen Commonwealth mit autonomen Ländern; statt das Festhalten an der starren Konstruktion der Französischen Union.

Leider ist es aber nie die Stärke der französischen Kolonialpolitik gewesen, rechtzeitig das Unvermeidbare zu begreifen und daraus die notwendigen Schlüsse zu ziehen. Allzu oft hat das in jeder Hinsicht kostspielige "Zu Spät" über ihren Entschlüssen gestanden. Das droht sich in Marokko zu wiederholen.

Die französische Politik ist zentralistisch und besonders in der Französischen Union. Föderalismus widerspricht der traditionellen These vom Frankreich "une et indivisible". Damit hat man sich geistig und ideologisch jeden Weg zu der einzigen, nämlich föderalistischen Lösung der kolonialen Frage, verbaut. Auch was kürzlich von Paris aus an reformerischen Umbauten vorgeschlagen wurde, zielt darauf ab, die alte Struktur zu retten, wenn dahinter auch als Fernziel die Selbstverwaltung stehen soll. Die Nationalisten, insbesondere die organisierten von der Istiqlal-Partei und der "Demokratischen Partei der Unabhängigkeit", haben bereits verlauten lassen, dass der Plan Faures unannehmbar ist. Kein Marokkaner mit Gewicht im Volk wird sich an einer neuen Scherifenregierung beteiligen.

Der Mythos von der Unabhängigkeit Nord-Afrikas

Auf der anderen Seite ist die Vorstellung von Nordafrika als Ausbeuteobjekt die nicht auszrottbare Einstellung der "Pies Noirs", der schwarzen Füße, wie sich die "Colons" selbst zu nennen pflegen. Frankreichs eingeseessene Beamtenschaft hat bisher noch immer verstanden, alle kolonialen Reformen einzelner französischer Kabinettschefs solange dilatorisch zu behandeln, bis sie gestürzt waren. Bildaults Rat, den legitimen Sultan zu deportieren, entsprach vielleicht am besten dem Denken der nordafrikanischen Franzosen. Damit wurde dem marokkanischen Nationalismus der Popanz geliefert, den er brauchte, um mit einem Symbol gegen die koloniale Herrschaft zu Felde zu ziehen. Dieser Ben Jussef war bis zu seiner Absetzung kaum populär zu nennen. Jetzt ist er eine Art Nationalheiligtum.

Das Entscheidende an der ganzen Situation ist, dass die Protektoren von Marokko nicht aus ihrem kolonialen Denken herauskommen. Damit haben sie sich erst den Feind gesüchtet, der ihnen zwischen Casablanca und dem Kap Bone auf dem Nacken sitzt. Paris schuf Märtyrden Tunesier Bourguiba, den Algerier Messali Hadj, den Sultan Ben Jussef in Marokko. Um diese Männer schlingt sich heute der arabische Mythos von der Unabhängigkeit Nordafrikas. Es ist dieser Mythos, in den Massen verwurzelt, der die politischen Parteien der Araber immer radikaler werden lässt. Religiosität und Nationalismus sind die Motoren, die die Dinge weitertreiben. Die Kommunisten haben, wie Paris lange glauben machen wollte, nichts dabei zu melden. Weder Frankreichs Auffassung vom Staat noch seine innere Haltung zum eigenen Besitz auf fremden Böden haben es vermocht, Indochina zu halten. Sie werden kaum helfen, die hohle Welle des anbrandenden arabischen Nationalismus aufzuhalten.

Grossbetrieb oder Kleinbetrieb in der Landwirtschaft?

Ein Vortrag von Prof. Baade auf einem Landestreffen der in der Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten zusammengesetzten schleswig-holsteinischen Melker in Neumünster über das Thema "Parität für den arbeitenden Menschen in der Landwirtschaft" ist von einem Teil der Presse in einer Weise besprochen worden, als ob die sozialdemokratische Agrarpolitik sich in der Bodenfrage grundlegend geändert hätte. Wir haben daher den agrarpolitischen Referenten beim Parteivorstand gebeten, zur obigen Frage Stellung zu nehmen.

Ob in Deutschland dem Gross- oder Kleinbetrieb in der Landwirtschaft die Zukunft gehört, ist eine Frage, die schon lange gegenstandslos geworden ist. Ein Streit hierüber ist müssig, denn die Landwirtschaft in Deutschland ist eine bäuerliche Landwirtschaft.

Von den 1,9 Mill. landwirtschaftlichen Betrieben in Westdeutschland sind 3.000 Betriebe, also noch nicht $\frac{1}{4}$ %, grösser als 100 ha (=400 Morgen) und nur diese kann man als landwirtschaftliche Grossbetriebe ansprechen. Von diesen 3.000 Betrieben dient etwa die Hälfte als Institutsbetriebe der Forschung oder Spezialzwecken und nur die andere Hälfte besteht aus gewöhnlichen landwirtschaftlichen Betrieben. Von ihnen ist wiederum nur ein Teil im Privatbesitz, bei den anderen handelt es sich um verpachtete Domänen. Der landwirtschaftliche Grossbetrieb spielt demnach in Westdeutschland überhaupt keine Rolle. Lediglich im östlichen Schleswig-Holstein findet man noch eine gewisse Ansammlung von Grossgrundbesitz. Demnach ist eine Bodenreform im Sinne der Schaffung von Bauernland durch Aufteilung von Grossgrundbesitz, wie sie in Ländern mit Latifundien, z.B. in Süd-Italien, dringender notwendig wäre, in Westdeutschland gegenstandslos.

Fast 800 000 Nebenerwerbsbetriebe

Bei uns geht es um ein ganz anderes Problem, um die Verbesserung der Agrarstruktur. Von den erwähnten 1,9 Mill. landwirtschaftlichen Betrieben werden etwa 600 bis 800 000 von Industrie- oder Forstarbeitern, von Handwerkern und Gewerbetreibenden als Nebenerwerbsbetriebe bewirtschaftet. Diese bieten keine ausreichende Familiernahrung, sondern dienen der Einkommensergänzung und der Krisensicherheit. Alle anderen ^{sind bäuerliche} Betriebe, von denen die grösseren mit Fremdarbeitern und die kleineren mit Familienarbeitskräften bewirtschaftet werden; letztere bilden bei weitem die Mehrzahl. In dieser Gruppe gibt es eine grosse Zahl bäuerlicher Betriebe, die über so wenig Land verfügen, dass sie nur mit Hilfe von Sonderkulturen, z.B. Wein-, Tabak- oder Gemüsebau

ausreichende Einnahmen erzielen können oder deren Betriebsinhaber bzw. ihre Familienangehörigen einen ausserhalb des Betriebes sich bietenden Nebenerwerb brauchen, um voll existieren zu können. Spezialkulturen aber können keineswegs überall angelegt werden und ebenfalls bietet sich nicht überall eine Nebenerwerbsmöglichkeit. Diese Betriebe müssen, um einer Familie eine lebenswürdige Existenz zu bieten, vergrössert oder, wie der Fachausdruck lautet, aufgestockt werden. Ausserdem ist in den Gebieten, in denen bei der Erbfolge die Realteilung des Landes herrscht, die Feldflur in viele kleine Parzellen zersplittert, so dass eine rationelle Bewirtschaftung gar nicht möglich ist. Dazu kommt, dass in Südwestdeutschland besonders die Hofstätten der Bauern in den Dörfern sehr beengt sind und dadurch eine arbeitssparende Hofwirtschaft und eine gesunde Viehhaltung verhindern.

Eine Verbesserung der Agrarstruktur, also die Gesundung der bäuerlichen Betriebsverhältnisse, wird von der Sozialdemokratie seit langem gefordert. Auch der derzeitige Ernährungsminister Lübke hat sie bei seinem Amtsantritt in sein Programm aufgenommen; für die Durchführung hat er bisher aber noch nicht viel geleistet. Lediglich für die Flurbereinigung sind die Mittel, die im Bundesetat zu ihrer Unterstützung eingesetzt sind, von einer auf fünfzig Millionen heraufgesetzt worden. Die Dorfauflockerung, d.h. die Verlagerung der Hofstätten aus der Dorfenge in die Gemarkung der Gemeinden, ist bisher so gut wie gar nicht in Angriff genommen worden. Das gleiche gilt für die Aufstockung zu kleiner Betrieben.

Bodenverkehrsgesetz für freiwerdendes Land

Diese Aufstockung ist zweifellos ein Problem, das nicht einfach zu lösen ist, denn woher soll das fehlende Land genommen werden? Nun, es fällt immer wieder Land an, und zwar von Betrieben ohne Erben oder von den erwähnten Nebenerwerbslandwirten, denen die Bewirtschaftung ihres Landes lästig geworden ist, oder auch von grossbäuerlichen Betrieben, die sich aus arbeitstechnischen Gründen verkleinern wollen. Dieses anfallende Land denen zuzuleiten, die es am dringendsten benötigen, ist die Aufgabe einer vernünftigen und gerechten Agrarpolitik die etwa in Schweden, wo seit Jahrzehnten Sozialdemokraten die Regierung führen, auch schon gelöst ist. In Westdeutschland ist das schwieriger, weil in der herrschenden Partei, der Christlich-demokratischen Union, die Grossbauern entscheidenden Einfluss haben. Diese sind der Ansicht, dass das freiwerdende Land dem zufallen soll, der in der Lage ist, dafür das meiste Geld zu bezahlen, während wir der

Ansicht sind, dass nicht diejenigen, die schon genug haben, noch mehr bekommen sollen, sondern dass ein Bodenverkehrsgesetz das freiwerdende Land den Bauern zuführt, die bisher zu wenig Land hatten und infolgedessen nicht lebensfähig waren.

Wir sind ebenfalls der Ansicht, dass bei der Schaffung von Siedlungen nur Betriebe gebildet werden sollen, die von vornherein eine vollwertige Familiennahrung darstellen. Die Bildung von Nebenerwerbs-Siedlungen in grosser Zahl und besonders in Gegenden, in denen gar keine Möglichkeit zu einem Haupterwerb besteht, bedeutet nicht nur eine Verschwendung von Boden, sondern gleichzeitig die Gründung nicht lebensfähiger Existenzen, wie die Erfahrungen in den letzten Jahren gelehrt haben. Entweder sollen vollbäuerliche Siedlungen oder Heimstätten mit ausreichendem Gartenland geschaffen werden.

Das alles hat mit Gross- oder Kleinbetrieb in der Landwirtschaft gar nichts zu tun. Sozialdemokratische Agrarpolitik ist und bleibt eine Agrarpolitik für die bäuerliche Landwirtschaft.

+ + +

-ing.

K e i n Seebohm-Dementi.

In diesen Tagen ist ein Dementi des Bundesverkehrsministers Seebohm ausgeblieben. In Kiel hat ein Sprecher der Landesregierung mitgeteilt, Seebohm habe entschieden, dass in Rendsburg statt einer Hochbrücke ein Tunnel zur Überquerung des Kaiser-Wilhelm-Kanals gebaut werde. Der Tunnel würde 35 Millionen Mark kosten.

Nun ist aber dies der Stand der Dinge: der Haushaltsausschuss des Bundestages erwartet ein Gutachten der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Kiel, in dem die Vorteile einer Hochbrücke und eines Tunnels gegeneinander abgewogen werden sollen. Erst wenn der Haushaltsausschuss dieses Gutachten beraten haben wird, will er entscheiden, welches Projekt durchgeführt werden soll.

Der Verkehrsminister hat also überhaupt keine Entscheidung zu treffen. Wenn er es dennoch getan haben sollte, würde er dem Entschluss des Haushaltsausschusses unzulässig vorgegriffen haben. In Kiel wird behauptet, Seebohm habe seine Zusage dem schleswig-holsteinischen Wirtschaftsminister Böhrnsen gegeben. Die Landesregierung, die selbst an einem Tunnelbau interessiert ist, habe dann das Ministerwort sofort benutzt, um Seebohm festzunageln. Aber wieso wehrt sich der Bundesverkehrsminister nicht? Fürchtet er, sein Gesicht zu verlieren, indem er eine Zusage an den schleswig-holsteinischen Minister widerrufen müsste? Will er dafür die Kritik und die nachträgliche Korrektur durch den Haushaltsausschuss in Kauf nehmen?

Die Kieler Landesregierung dürfte im übrigen genau gewusst haben, dass Seebohm für eine Entscheidung gar nicht kompetent war. Die Landesregierung hat den Bonner Verkehrsminister also offenbar festlegen und in Verlegenheit bringen wollen. Das scheint ihr gelungen zu sein.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunsau